

Antrag

**der Abgeordneten Robert Heinemann, Hartmut Engels, Egbert von Frankenberg,
Marino Freistedt, Dittmar Lemke, Marita Meyer-Kainer, Marcus Weinberg (CDU)
und Fraktion**

Betr.: Kooperative Schulen für Hamburg – Ausweitung eines Erfolgsmodells

Kooperative Gesamtschulen sind eine ideale Ergänzung zum gegliederten Schulsystem. Auf der einen Seite ermöglichen sie den in ihr vereinten Schulformen, die Vorteile klarer Profilbildung zu nutzen. Auf der anderen Seite bieten sie für Schülerinnen und Schüler, bei denen in Klasse 4 noch keine klare Entwicklungsprognose abgegeben werden kann, eine gemeinsame Beobachtungsstufe und später eine bessere Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schulformen, ohne dass die Schule gewechselt werden muss.

Von den Eltern ist die erste kooperative Gesamtschule im Bezirk Nord so gut angenommen worden, dass 1999 eine weitere kooperative Gesamtschule zu deren Entlastung gegründet wurde. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an kooperativen Gesamtschulen hat sich seit 1994 fast verdoppelt.

Auch von der Wirtschaft wird das Konzept der kooperativen Gesamtschule offenbar sehr gut angenommen, was u. a. der namhaft besetzte Wirtschaftsbeirat der Schule Benzenbergweg zeigt.

Der Senat sieht im neuen Schulentwicklungsplan nun vor, im Westen und Osten der Stadt ebenfalls kooperative Gesamtschulen zu gründen. Damit wird aus der auf einen Bezirk beschränkten Sonderform eine echte Alternative für Schülerinnen, Schüler und Eltern.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. die kooperativen Gesamtschulen bis Ende 2005 in „Kooperative Schulen“ umzubenennen, um die Verwechslungsgefahr in der Öffentlichkeit zwischen kooperativen Gesamtschulen und integrierten Gesamtschulen zu beseitigen.
2. die kooperativen Gesamtschulen zum 01.08.2005 der Schulaufsicht der Gymnasien und der Grund-, Haupt- und Realschulen zuzuordnen, da dies dem Profil der kooperativen Gesamtschule besser entspricht.
3. allen kooperativen Gesamtschulen anzubieten, Ganztagschulen ab Klasse 7 zu werden, um zu vermeiden, dass es innerhalb der Schule unterschiedliche Regelungen für den Gymnasialzweig auf der einen und für den Haupt- und den Realschulzweig auf der anderen Seite gibt. Diese erschweren die Kooperation innerhalb der Schule und führen zu einer Ungleichbehandlung der Schülerinnen und Schüler der einzelnen Schulzweige.

4. die bestehenden Schulen an den Standorten Tonndorf und Osdorf auf dem Weg zur kooperativen Schule zu unterstützen und auch diesen Schulen anzubieten, Ganztagschulen ab Klasse 7 zu werden.
5. den Erfolg der bestehenden kooperativen Gesamtschulen und neuen kooperativen Schulen langfristig zu evaluieren.